

EINE STANDORTBESTIMMUNG

# EU: Jetzt ist Schluss mit lustig – Ende einer Ära des Wegschauens

Finanzmärkte sind feinfühligere Seismographen. Sie geben Auskunft, in welche Richtung sich Wirtschaftskreisläufe bewegen, ob es auf oder ab geht, und welche materiellen Veränderungen für alle Beteiligten in Zukunft zu erwarten sind.

Die Bekanntgabe verschiedener Wirtschaftsdaten und die Entwicklung der Währungen, Zinsen und Aktien an den Finanzmärkten in den letzten Wochen haben die Öffentlichkeit aufgeschreckt. Das gilt vor allem für die deutsche Regierung und ihre Bundesbank. Gleichsam aus einem Dornröschenschlaf erwachend muss sie plötzlich feststellen, dass sich auch Deutschland neben den EU Volkswirtschaften in schneller Fahrt auf Deflation, Rezession und wieder ansteigende Arbeitslosigkeit hin bewegt. Dieses Erstaunen der deutschen Politiker überrascht umso mehr, als die Zeichen für diese Entwicklung seit langem an der Wand geschrieben stehen.

Die jetzt auf Europa zukommende Rezession unterscheidet sich von den vorigen Abschwüngen dadurch, dass zu der zyklischen Komponente jetzt die seit Jahren bestehenden strukturellen Verwerfungen in den verschiedenen EU Ländern hinzutreten. Die Völker der EU werden nun dafür bestraft, dass ihre Politiker in den Ländern und in Brüssel die Auswirkungen der globalen finanzwirtschaftlichen und ökonomischen Veränderungen entweder nicht begriffen oder nicht gesehen haben oder aus politischer Opportunismus nicht sehen wollten. Das gilt auch für die deutsche Position, die sich bis heute auf den Lorbeeren der Agenda 2010 ausruht, das Einhalten des EU Stabilitätspakts einfordert und immer noch die Geldwertstabilität als oberstes Ziel hochhält. Es wäre allerdings zu kurz gegriffen, die Schuld am Festhalten des ökonomischen und sozialpolitischen Status Quo der letzten Jahre allein den Politikern in die Schuhe schieben zu wollen. Es gilt gleichermaßen für alle



**Frank Zinnecker**

Frank Zinnecker ist Gründer und Gesellschafter der HollyHedge Consult GmbH und über den Kooperationspartner Premium FinanzPartner AG, Vaduz, Liechtenstein, Berater des Fonds HAIG Return Global der HUA Invest S.A. in Luxemburg, einer Tochter der Privatbankiers Hauck & Aufhäuser in Frankfurt am Main.

Für die Beratung des Fonds HAIG Return Global erhielt er in 2014 den Lipper Fund Award in der Kategorie Absolute Return EUR High für die beste Performance in Europa über 5 Jahre und belegt laut manager magazin vom August d.J. bei Mischfonds global flexibel über 10 Jahre Rang 5 (Feri Rating).

gesellschaftspolitisch relevanten Gruppen und Organisationen in der EU, wie die Banken, die Unternehmen mit ihren Verbänden, die Gewerkschaften, Sozialverbände und nicht zuletzt die politisch beeinflussten Fernsehmedien.

Die Zeit des Handelns wird knapp, wenn wir nicht das Abgleiten der EU-Wirtschaft in eine lange, strukturbedingte Rezession mit sinkenden Löhnen und Steuereinnahmen und mit wieder ansteigender Arbeitslosigkeit riskieren wollen. Leider haben Frau Merkel, Herr Hollande, Herr Renzi und Herr Junker aus Brüssel bisher keinen Plan B, wie sie zusammen mit der EZB die drei gewaltigen Aufgabenblöcke stemmen wollen. Das ist beunruhigend.

An oberster Stelle steht die nunmehr seit 2009 ungelöste EU Bankenkrise. Die Regierungen waren schlecht beraten, den Empfehlungen der befreundeten Banken zu folgen, denn der nach Lehman eingeschlagene Weg der „sanften“ Rettung des EU Bankensystems ist fehlgeschlagen. Die zeitweise Teilverstaatlichung nach amerikanischem Muster wäre die bessere Lösung gewesen. Viele Banken sind immer noch auf der Suche nach einem neuen Geschäftsmodell. Sie halten sich nur mit den zinslosen Darlehen der Zentralbank über Wasser und sind wegen ihrer dünnen Eigenkapitaldecke nicht mehr in der Lage, ihre volkswirtschaftlichen Aufgaben in vollem Umfang wahrzunehmen. Diese Erkenntnis ist nicht neu, wenn selbst die Weltbank schon wieder warnend den Finger vor einer erneuten Bankenkrise hebt. Dazu zählen auch die Banken in Deutschland und der EU. Dies wirft die Frage auf, ob nicht noch heute der Weg der „freiwilligen“ Teilverstaatlichung Schlimmeres verhindert und damit zugleich die Banken wieder in den Sattel zu heben. Die EZB ist dann in jedem Fall gefordert und die EU wird um ein „Quantitative Easing“ nicht herum kommen.

## Mischfonds global flexibel (0 bis 100% Aktien)

Rang Fonds	Manager (Startdatum)	Rendite pro Jahr (10 Jahre)	Rendite pro Jahr (3 Jahre)	Maximaler Verlust <sup>2</sup>	Verwaltungsgebühr	mm-Wertung (0-100 Punkte)
1	DWS Multi Opportunities FC Henning Potstada (1/09), Christoph-Arend Schmidt (1/09)	8,00%	9,60%	-13,60%	0,85%	83,3
2	DJE Concept Jens Ehrhardt (7/03)	10,80%	6,00%	-21,10%	0,90%	81,7
3	DWS Concept Arts Bal. Arts AM, Leo Willert (7/02)	7,20%	6,40%	-9,30%	1,60%	79,9
4	DWS Concept Arts Dyn. Arts AM, Leo Willert (7/02)	7,80%	6,70%	-14,30%	1,85%	77,1
5	HAIG Return Global P Frank Zinnecker (7/03)	6,40%	9,90%	-21,60%	1,85%	76,6
6	C-Quadrat Arts TR Bal. Arts AM, Leo Willert (11/03)	6,30%	5,20%	-8,80%	2,00%	74,6
7	Newton Real Return Iain Stewart (4/04)	6,70%	7,20%	-19,60%	1,00%	74,4
8	Carmignac Patrimoine A Edouard Carmignac (11/89), Rose Ouahba (5/07)	7,20%	5,00%	-7,90%	1,50%	73,5
9	Basler-International Gerrit Rohleder (1/14), Michael Ficht (1/14)	4,90%	8,00%	-17,30%	1,35%	72,8
10	Multi Opportunities Henning Gebhardt (2/07), Hansjörg Pack (2/07)	6,30%	7,70%	-30,00%	1,20%	72,5

Quelle: Manager Magazin

Der zweite große Aufgabenblock ist die grundlegende Reform und Liberalisierung der Arbeitsmärkte, des Handels, der Energiewirtschaft und des Verkehrs. Dies gilt vor allem für Frankreich und Italien, aber auch immer noch für Deutschland, was keiner gerne hört. Diese heißen Themen werden seit Jahren wie eine heiße Kartoffel am Tisch herumgereicht. In diesen Bereich fallen auch die Eindämmung des Subventionswahnsinns und der europäischen Regulierungswut, die sich wie ein Krebsgeschwür über das Gemeinwesen ausgebreitet haben. Der Verkauf und die Privatisierung von gesellschaftlich nicht relevanten Beteiligungen und Unternehmen gehören ebenfalls dazu.

Der dritte Block betrifft die Bereiche private Unternehmensinvestitionen und die Instandhaltung, Verbesserung und den Ausbau der europäischen Infrastruktur zumindest auf den Gebieten von Verkehr, Energie, Telekommunikation, Bildung und Umweltschutz. Die Weltbank merkt zu Recht an, dass seit über 10 Jahren in Europa aber vor allem auch in den USA kein neues Geld in diese für die Zukunftssicherung der Völker wichtigen Wirtschaftszweige geflossen ist. Diese Investitionen bedeuten neue Industriezentren und Arbeits-

plätze für zukünftige Generationen. Das gilt auch für Deutschland, und der verwunderte Leser fragt sich zu Recht, wohin die stetig gestiegenen Steuermilliarden der letzten Jahre geflossen oder versiegt sind. Diese Art der Steuerverteilung ist eigentlich ein Skandal, denn sie ist weder dem Wirtschaftswachstum noch der arbeitenden Bevölkerung zu Gute gekommen.

Das ist ein Thema für die europäische Fiskalpolitik. Im ersten Fall könnten Anreize über die Senkung von Unternehmenssteuern und über degressive Abschreibungsmodelle für Neuinvestitionen geschaffen werden. Im zweiten braucht die EU eine Agenda 2020 zur Verbesserung der gesamten europäischen Infrastruktur. Hier sei nur der überfällige europäische Ost-West-Ausbau in allen Bereichen genannt. Für die Bewältigung dieser Projekte müsste der Stabilitätspakt dann folgerichtig für mehrere Jahre ausgesetzt werden.

Das sind harte Brocken, aber es geht hier um die Zukunft Europas. Die Regierungen und ihre Verwaltungen in der EU sollten sich bei ihren Entscheidungen auch darüber im Klaren sein, dass der globale Wirtschaftsdarwinismus kein Erbarmen mit den Verlierern kennt!

Die Finanzmärkte werden die zukünftige Politik mit Argusaugen beobachten. In der jetzigen Situation sind die eingeschlagenen Richtungen an den Devisen-, Renten- und Aktienmärkten allerdings vorgegeben. Die Abwertung des Euro gegenüber dem Dollar und das weitere Zusammenlaufen der EU Zinssätze zu Deutschland sollten, wenn auch unter zunehmenden Schwankungen, weitergehen. Der deutsche und die EU Aktienmärkte stellen sich bereits bei ebenfalls steigender Volatilität auf eine Rezession ein. Sie leiden zudem wieder unter der Auslandsabhängigkeit. Da es keine Aktienkultur in Deutschland und Kontinentaleuropa gibt, werden unsere Aktienmärkte wie in der Vergangenheit wieder zum Spielball internationaler Spekulant und der Hedge Fonds.

Die Wende zum Besseren und die Zukunft der EU Finanzmärkte hängen im Wesentlichen von der Richtung der anstehenden politischen Entscheidungen in Berlin, Paris, Rom, Brüssel und Frankfurt ab. Das braucht Zeit, so dass sich das Zeitfenster für den Neueinstieg an den Aktienbörsen erst dann öffnen wird, wenn das internationale Anlegervertrauen an die Märkte zurückkehrt. Das hängt im Wesentlichen von den EU-Politikern ab, und wir können nur hoffen, dass sie das begriffen haben.